

## Mall verlässt Initiativkomitee

SVP-Landrätin für Rückzug der Bruderholz-Initiative

**Liestal.** Caroline Mall kehrt dem Komitee Ja zum Bruderholzspital den Rücken. Gestern Freitag benachrichtigte die Reinacher SVP-Landrätin ihre Mitstreiter über ihren Entscheid. Sie begründet ihren Schritt mit der Situation, die sich seit der Einreichung der Initiative zugunsten der Spitalpatienten «drastisch geändert» habe. Mall hält einen Rückzug der Initiative für angebracht, dies zugunsten des Standorts Bruderholz, des Unterbaselbiets und der Ärztegemeinschaft. «Alles andere ist eine unnötige Zwängerei, die in den Medien ausgeschlachtet wird.»

Die Landrätin verweist darauf, dass die heutige Spitalplanung an den drei Standorten Bruderholz, Liestal und Laufen festhalte, und sie listet das Angebot im Bruderholz gemäss dem Vorschlag der Regierungen beider Basel auf. Weiter hält Mall fest, dass sich drei Viertel der Bevölkerung aus dem Unterbaselbiet schon heute nicht im Bruderholzspital behandeln lassen würden und dass der Notfall auf dem Bruderholz weiterhin zwei Drittel seiner heutigen Fälle aufnehmen werde. Wie die Regierung lehne die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission die Initiative ab, schreibt Mall weiter, ein zehnjähriges Moratorium sei daher «gänzlich zum Scheitern verurteilt». ch

# Kantonsspital hintertreibt Spitalfusion

Thomas Weber plant Ambulatorium am Bahnhof Liestal ohne Absprache mit Basler Partner

Von Joël Hoffmann

**Liestal/Basel.** Ob Univertrag oder Subventionen für Kultur: Die Zusammenarbeit zwischen Basel-Stadt und Baselland ist spannungsgeladene. Die geplante Spitalfusion war bisher die Ausnahme. Die Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger (CVP, BS) und Thomas Weber (SVP, BL) treiben die Fusion der öffentlichen Spitäler gemeinsam voran. Nun aber stellt Weber Engelberger ein Bein: «Kantonsspital plant am Bahnhof Liestal ambulantes Zentrum», berichtet gestern das «Regionaljournal» von *Radio SRF*, was vom Kantonsspital Baselland (KSBL) bestätigt wurde. Thomas Weber unterstützt den Plan und stösst damit Engelberger vor den Kopf.

Die SBB planen bekanntlich einen Neubau beim Bahnhof Liestal. Nachdem der Einzug der Baudirektion in das Gebäude geplatzt ist, soll nun das KSBL neuer Ankermieter werden. Das Spital und die SBB haben eine Absichtserklärung unterzeichnet. Michael Rolaz, Leiter Strategie beim KSBL, führt im «Regionaljournal» aus, dass man am Bahnhof ambulante Dienstleistungen anbieten wolle. Die Grösse sei zwar noch offen, doch Rolaz spricht von «etwas Anständigem, etwas Grosse». Damit ist letztlich nichts anderes als ein Ambulato-

rium mit bis zu 40 Ärzten gemeint. Dieses Jahr noch soll die Planung vorangetrieben werden.

Wer «etwas Grosse» mit bis zu 40 Ärzten plant, der will nicht bloss Sprechstunden durchführen. Dafür würde ein Bruchteil der Ärzte reichen. Ein derartiges Ambulatorium bedeutet, dass man auch Eingriffe durchführen möchte, wie sie eigentlich in der künftigen Tagesklinik auf dem Bruderholz vorgesehen sind.

Rolaz spricht im «Regionaljournal» hingegen nur von «Patientennähe» und «Sprechstunden» sowie einer «Entlastung für die Notfallstation» im Spital Liestal. Letztlich widerspreche das Ambulatorium auch nicht der geplanten Spitalfusion, weil man ambulante Fälle nicht in einem teuren Spital behandeln sollte, sondern in einer günstigeren Infrastruktur. In seiner Mitteilung erklimmt das KSBL den Gipfel der PR-Sprache: «Das Vorhaben ist mit den Partnern der geplanten Spitalgruppe abgestimmt und passt zum Zielbild der gemeinsamen Patientenversorgung.»

Was sich so gut anhört, sorgt im Basler Gesundheitsdepartement für grossen Ärger: Weder das KSBL noch Weber haben ihr Vorhaben mit Engelberger abgestimmt. Der Basler Gesundheitsdirektor wurde erst kurz vor der Ver-

öffentlichung ins Bild gesetzt. Auf Anfrage sagt Engelbergers Sprecherin kurz und knapp: «Wir erörtern nicht, wer wen wann informiert hat. Wir kommentieren das nicht weiter.»

### Webers Wink mit dem Zaunpfahl

Webers Generalsekretär Oliver Kungler gibt sich derweil gelassen. Er spricht von einer Permanence in Liestal, einem Notfall-Light, wie sie in der Fusionsplanung auch an neuen Standorten als Möglichkeit vorgesehen ist.

Das gröbere Unbehagen der Basler mit dem Baselbieter Manöver kann hingegen nicht überraschen, weil die Basler einem solchen Ambulatorium kaum

zugestimmt hätten: Weitere, unnötige und teure Kapazitäten würden geschaffen statt abgebaut. Damit hintertreiben das KSBL und Weber das gemeinsame Ambulatorium auf dem Bruderholz und damit die Spitalfusion und deren Ziele.

Die Dissonanzen zwischen Weber und Engelberger zeigen, dass die Verhandlungen für die Fusion zur Spitalgruppe in die heisse Phase gehen. Das Baselbiet, das eine schwächere Verhandlungsposition innehat, schafft sich mit der Prüfung eines Ambulatoriums in Liestal ein Druckmittel: keine Fusion um jeden Preis, notfalls versuche man den Alleingang. Webers Wink mit dem Zaunpfahl ist in Basel angekommen.

### Kantone schaffen Trägerverein für EHealth

**Basel.** Elektronische Patientendossiers und Kommunikation sind die Zukunft im Gesundheitswesen. Das finden Nordwestschweizer Kantone und diverse Spitäler. Sie haben zusammen einen Trägerverein für die sogenannte EHealth gegründet, wie beide Basel gestern mitteilten. Träger sind die Kantone Basel-Stadt, Baselland und Solothurn sowie das Unispital Basel, das Claraspital, das Kantonsspital Baselland, die Universitären Psychiatrischen

Kliniken Basel, das Felix Platter Spital und die Solothurner Spitäler AG. Der Zweck des Vereins besteht in der Weiterentwicklung, Verbreitung und Finanzierung von EHealth im Raum Nordwestschweiz. Der Verein möchte insbesondere für eine einheitliche elektronische Kommunikation sorgen und die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben koordinieren. Schwerpunkt wird die Einführung elektronischer Patientendossiers im Frühling sein. jho

## Für Skilifte in der Region zeichnet sich eine schwierige Saison ab

Wegen Schneemangels gibts kaum Skisport-Möglichkeiten

Von Oliver Sterchi

**Langenbruck.** Für eine Bilderbuchweihnacht kam der Schnee freilich zu spät, aber immerhin kommt der Jahresbeginn in einem weissen Gewand daher: Diese Woche hat es bis in die Niederungen um Basel geschneit. In höheren Lagen werden bis zu fünfzehn Zentimeter gemessen – genug, um mit dem Schlitten die Hänge runterzusausen, etwa auf dem Gempen, der Schafmatt oder auf dem Margarethenhügel. Auch die vier Kilometer lange Schlittelbahn Wasserfallen hat gestern ihre Saison eröffnet.

Die regionalen Skilifte hingegen stehen nach wie vor still. Noch ist die Schneedecke nicht dick genug, um einen ordentlichen Skibetrieb zu ermöglichen. «Uns fehlen noch etwa zehn Zentimeter, um die Saison eröffnen zu können», sagt etwa Peter Hammer, Inhaber der Skilifte in Langenbruck.

Für Hammer ist diese Verzögerung ärgerlich, schliesslich muss er laut eigenen Angaben mit seinen Liften jährlich wiederkehrende Unterhaltskosten von 20 000 Franken decken. «Um das zu schaffen brauchen wir mindestens 20 Betriebstage, sonst bleiben wir auf einem Minusbetrag sitzen», sagt Hammer. Wichtig seien vor allem die Januarwochenenden, meint der Liftbetreiber. «Wir müssen die Leute zu uns holen, bevor sie im Februar für die Winterferien in die Alpen fahren.» Noch ist die Saison nicht gelaufen, aber für den Langenbrucker Traditionsbetrieb zeichnet sich ein weiteres schwieriges Betriebsjahr ab, bei dem es auf jeden Schneetag ankommt.

### 2020 über die Bücher

Auch die vergangenen Jahre waren für Hammer und seine Mitstreiter eine Herausforderung. 2014 blieb der Schnee ganz aus. 2016 musste der Betrieb wegen Schneemangels zwischenzeitlich eingestellt werden. Eine

Trendwende ist nicht abzusehen: Bis im Jahr 1990 waren die Langenbrucker Skilifte gemäss Hammer durchschnittlich 65 Tage pro Saison in Betrieb. Seitdem ist dieser Wert auf weniger als einen Drittel geschrumpft.

Dennoch hat Hammer die Hoffnung noch nicht aufgegeben: «Es ist zwar ärgerlich, dass wir den Betrieb nicht schon vor Weihnachten hochfahren konnten, aber ich bin zuversichtlich, dass aus dieser Saison noch einigermaßen etwas wird.» Der passionierte Wintersportler räumt jedoch ein, dass es nicht ewig so weitergehen könne. «Wir haben uns das Jahr 2020 als Stichdatum gesetzt. Wenn sich die Lage bis dann nicht verbessert, werden wir uns wohl überlegen müssen, den Betrieb endgültig einzustellen.»

### Schlechte Aussichten

Auch die Skilifte in Zeglingen und im solothurnischen Beinwil bleiben vorerst geschlossen. In Oltingen werden bis auf Weiteres ebenfalls keine Abfahrten möglich sein. Dort ist der Stillstand allerdings technischer Natur: Ein Lastwagen hat im Sommer versehentlich das Zugseil des Skilifts auf der Schafmatt heruntergerissen. Mit Schneemangel kämpft man auch im aargauischen Wegenstetten, wo der lokale Turnverein einen Skilift betreibt. «Die Schlittelbahn konnten wir gestern eröffnen, für den Lift fehlen noch ein paar Zentimeter Schnee», sagt Pistenchef Stefan Schreiber.

Ob die kritische Masse bald erreicht wird, ist ungewiss. Gemäss Denise Baumgartner von Meteo Schweiz bleibe es die nächsten Tage zwar kalt, aber niederschlagsarm. «Die Region Basel kann am Wochenende höchstens mit einem bis zwei Zentimetern Neuschnee rechnen. Mehr liegt nicht drin», sagt die Meteorologin. Und Anfang Woche wird es bereits wieder wärmer. Am Donnerstag soll es zudem regnen. Schlechte Aussichten also für die Skiliftbetreiber.

## Hitziger Streit um Feuerwerk

Konkurrent wirft Rheinfelder Pyro-Firma Sicherheitsmängel vor

**Rheinfelden.** Das zehnmünütige Silvesterfeuerwerk in Rheinfelden hat nicht nur für leuchtende Augen, sondern vereinzelt auch für rote Köpfe gesorgt. Ein Konkurrent wirft laut der *Neuen Fricktaler Zeitung* der Firma Fireworks, die das Feuerwerk im Auftrag der beiden Rheinfelden zündete, vor, Sicherheitsvorschriften massiv verletzt zu haben: Sicherheitsabstände seien zum wieder-

holten Mal nicht eingehalten worden, ärgert sich Claudio Speiser, Präsident des Vereins Feuerkunst. Der Verein hatte sich um den Auftrag auch beworben, kam aber nicht zum Zug. Fireworks bestreitet die Vorwürfe, die Stadt Rheinfelden stellt sich hinter die von ihr beauftragte Firma. Man sei mit Fireworks, die mit den Verhältnissen in Rheinfelden vertraut sei, zufrieden. ch



**Rutscht es oder rutscht es nicht?** Die Geduld von Landwirt Alfred Suter wird auf die Probe gestellt. Foto Daniel Desborough

## Pegoraro schweigt zum Wischberg

Die Bohrungen in Hemmiken sind abgeschlossen – Ingenieurbericht liegt vor

Von Thomas Gubler

**Liestal/Hemmiken.** Viel ist im Zusammenhang mit der überfüllten Hemmiker Deponie Wischberg in den vergangenen zehn Jahren geschehen. Auch viel Unglaubliches. Obschon sich vor Jahresfrist endlich eine Lösung abgezeichnet hat, geht das Warten auf die Klärung der Frage weiter, ob der Hangrutsch beim Hof von Bauer Alfred Suter auf die Überfüllung zurückzuführen ist. So dürften kaum vor Ende Jahr aussagekräftige Daten über die Situation vorliegen, wie die BaZ erfuhr. Der Runde Tisch, an dem die Einigung zustande kam, beziehungsweise Regierungsrätin Sabine Pegoraro hüllt sich über die Situation aber in Schweigen.

«Der Runde Tisch hat Ende Jahr entschieden, vorerst nicht über die Situation zu informieren», erklärte der Sprecher der Bau und Umweltschutzdirektion (BUD), Dieter Leutwyler, der BaZ. Dabei gäbe es nicht nur Informationsbedarf, sondern es gibt auch Fakten, über die man durchaus informieren könnte: beispielsweise darüber, dass die Bohrkernanalyse und die Abklärungen im Gange sind.

Anfang Oktober letzten Jahres hatte die BUD verlauten lassen, der Runde Tisch werde wahrscheinlich noch 2016 entscheiden, «ob und wann die Öffentlichkeit über die bisherigen Messergebnisse informiert wird». Nun hat er sich angeblich gegen eine Information ent-

schieden – und damit die Berechtigung der Fragen, welche die Geschäftsprüfungskommission (GPK) seinerzeit gestellt hat, vollauf bestätigt. Nach wie vor ist die Regierung nämlich der vom Landrat gutgeheissenen GPK-Empfehlung nicht nachgekommen, sich darüber zu äussern, welche Rechte und Pflichten Runde Tische haben. Die diesbezügliche Rechtsunsicherheit dauert somit an.

### Die zeitliche Begrenzung

Doch das ist nur das eine Problem. 2014 stand der Runde Tisch praktisch vor dem Aus. Das Gremium, das 2011 auf Initiative der Baudirektorin angetreten war, eine gütliche Lösung für den Fall Wischberg zu suchen, hatte während dreier Jahre nichts zustande gebracht. Die GPK empfahl daher, die Fortsetzung der Gespräche «zeitlich eng zu begrenzen».

Auf Druck der GPK und eines Postulats von Landrat Hannes Schweizer (SP) schien im Februar 2016 der Durchbruch gelungen: Die beteiligten Parteien – die Baudirektorin, die Gemeinde Hemmiken und der betroffene Landwirt – waren übereingekommen, dass die Verhältnisse mit Sondierbohrungen und Messungen geklärt werden sollten. Tatsächlich wurden die Bohrungen im Mai 2016 vom Ingenieurbüro Pfrifer, Nyffeler + Partner auch durchgeführt. Anschliessend sollten Folgemessungen «periodisch über eine Zeit von mehr als einem Jahr» stattfinden.

Anfang Oktober 2016 erfuhr die BaZ dann, dass die Bohrkern bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgewertet waren, weil das Ingenieurbüro wegen Überlastung mit witterungsbedingten unvorhergesehenen Arbeiten im Frühsommer in Rückstand geraten war und die Analyse noch nicht durchführen konnte.

Wie die BaZ jedoch weiss, ist die Analyse der Bohrkern mittlerweile erfolgt. Das Ingenieurbüro hat auch den sogenannten «Nullbericht» erstellt, der die Basis für die kommenden Untersuchungen und Abklärungen bezüglich des Hangrutsches bildet. Dieser wird derzeit von den Mitgliedern des Runde Tisches unter die Lupe genommen und diskutiert. Auch gebe es bereits erste Messresultate, die aber noch keine Interpretationen zulassen. Im Übrigen scheint man ausserhalb der Baudirektion aber von einem Beschluss auf Nichtinformation nichts zu wissen.

Die faktische Informationsperre dürfte kaum mit der vom Landrat beschlossenen GPK-Empfehlung auf zeitliche Begrenzung des Auftrags vereinbar sein. Eine solche setzt zumindest eine jeweilige Information über den Stand der Dinge voraus. Für die Geschäftsprüfungskommission könnte diese Situation jedenfalls ein Grund dafür sein, «die Angelegenheit wieder auf die Traktandenliste zu setzen», wie GPK-Präsident Hanspeter Weibel erklärte.